

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Bernhardstraße
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 99.

Montag, 1. Mai 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Kannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kapitanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Auf Antrag wird hiermit bekannt gemacht, daß der geisteskranke Schmiedemeister Herr Friedrich Wilhelm Thiem, Inhaber der im Handels-Register für Riesa Fol. 218 eingetragenen Firma: „Riesauer Eisenhandlung J. T. Thiem“, unter Vormundschaft gestellt und Herr Kaufmann Eduard Robert Müller in Riesa als Justandsvormund für ihn verpflichtet worden ist.

Riesa, den 29. April 1893.

Das Königl. Amtsgericht.
Kommissionsrath Einz.

Bekanntmachung.

Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Gustav Oswald Thomas-Gebret in Riesa soll die Schlussverteilung stattfinden. Der verfügbare Massebestand besteht nach Abzug der Kosten aus 5965 M. 50 Pf., denen 41 M. 88 Pf. bevorrechtigte Forderungen und 24 992 M. 19 Pf. nicht bevorrechtigte Forderungen gegenüberstehen.

Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts niedergelegt.

Riesa, den 1. Mai 1893.

Der Konkursverwalter.
Dr. Meude.

Bestellungen

auf das mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Abends erscheinende, „Riesauer Tageblatt und Anzeiger“ (Elbeblatt und Anzeiger) für

Mai und Juni

werden noch von sämtlichen kaiserlichen Postanstalten, den Landbriefträgern, unsern Geschäftsstellen in Riesa und Strehla, sowie in den Ausgabestellen bei Herren Paul Holz, Ede Poppiger- und Schützenstraße, M. S. Gennide, Hauptstraße, Kaufmann Hermann Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz und Paul Roschel, Bahnhofstraße bei Abholung dortselbst zum Preise von 85 Pfennigen zahlbar pränumerando, angenommen; durch Träger frei ins Haus geliefert ist der Preis 1 M. — Pf., durch die Post frei in Haus 1 M. 14 Pf. (bei Abholung am Postschalter — M. 84 Pf.)

finden durch das „Riesauer Tageblatt und Anzeiger“, da dasselbe in seinem Amtsbezirk die bei Weitem verbreitetste und gelesenste Zeitung, anerkanntermaßen die beste und zweckentsprechendste Verbreitung.

Riesa.

Kapitanienstraße 59.

Die Geschäftsstelle.

In der „Ahlwardt-Kommission“

setzte am Sonnabend zunächst Abg. Dr. Porck seinen Bericht über die Untersuchung der Akten fort. Durch die weitere Untersuchung ist festgestellt, daß die etwa belangreichen Briefe im Original schon im März dem Senioren-Konvent von Ahlwardt überreicht worden sind, während er jetzt die Abschriften davon übergeben hat, ohne zu ahnen, daß die früheren Akten diese wichtigsten Schriftstücke schon im Original enthielten. Ahlwardt hat selbst keine wirkliche Kenntnis seines Materials. Es stellte sich ferner heraus, daß der unter verschiedenen Briefen stehende Name Weigner nicht den Gehilfen Ahlwardts, sondern einem Prokuristen der Diskontogesellschaft zugehörte. Auch diese Briefe beweisen die Auswanderung der rumänischen Gesellschaft durchaus nicht. Ahlwardt gab den Referenten als Quelle seiner Angaben über Dr. Miquels Eid eine Druckschrift von Beta an, welche er aber nicht einmal richtig citirt hat. Ahlwardt hat eine Postkarte aus Böhmen überreicht, worin ein eingeschriebener Brief an die Kommission adressirt wird. Der Brief ist aber noch nicht eingetroffen. Minister Dr. Miquel verliest einen Brief der Diskontogesellschaft, worin die Beschlüsse derselben an die rumänische Bahn einzeln mitgeteilt sind. Für diese Beschlüsse, in Summa 14 Millionen Mark, wurde zuerst nur der übliche Satz von 1/2 % Provision pro Quartal berechnet, erst als sich eine sehr große und langdauernde Inanspruchnahme des Kredits und damit ein sehr hohes Risiko ergab, wurde auch die Provision erhöht, es betrug aber Zins und Provision zusammen nur 8 Prozent, unter solchen Umständen ein mäßiger Satz. Alle Beschlüsse wurden vom Aufsichtsrath einstimmig genehmigt. Abg. Ahlwardt erklärte, daß das „Eposer“ ursprünglich den Antrag

bildete den er mit Anderen hätte einbringen wollen, daher die Unterschrift „Werner“. Die Unterschrift „Weigner“ unter den Briefen zeige, daß ein Komptoirdiener in Abwesenheit des Directors mit unterschrieben habe. (Sehr große Heiterkeit.) Der Vorsitzende machte Ahlwardt darauf aufmerksam, daß die Unterschrift von einem ganz anderen Weigner herrührt. Ahlwardt bleibt dabei, daß aus den Briefen der Zinsfuß von 16 bis 25 Prozent, also eine Bewässerung seitens der Diskontogesellschaft hervorgeht. Er habe also für diesen Punkt vollen Beweis erbracht. Abg. Dr. Porck: Herr Bebel, und ich haben heute von 9 bis 11 Uhr uns vergeblich bemüht, Herrn Ahlwardt klar zu machen, daß von 35 Prozent keine Rede sein kann. Herr Bebel, der verhindert ist, der heutigen Kommissionssitzung beizuwohnen, sagte schließlich zu Ahlwardt: Dann könne selbst Adam Riese ihm nicht helfen. Sonach wird es auch jetzt nicht gelingen, Herrn Ahlwardt die Rechnung klar zu machen. Minister Dr. Miquel verliest den stenographischen Bericht über die Gerichtsverhandlungen gegen Gehlsen, soweit derselbe sich auf die vorliegende Angelegenheit bezieht. Hieraus ergibt sich, daß der Minister seine Aussage betreffs des Zinsfußes ausdrücklich nur nach Hörsagen abgegeben hat, da er zur Zeit der Vorgänge dauernd von Berlin abwesend war. Direktor Aschenborn giebt eingehende Auskunft über die damaligen zeitweiligen Anlagen der Gelber aus der Kriegskostenentschädigung, welche über 11 Millionen Mark Gewinn ergeben haben. Unter diesen Umständen kann der Vorstoß an die rumänische Eisenbahn unter Bürgschaft von zwei absolut sicheren Bankhäusern, welcher Vorstoß 4,53 % Zinsen ergab, nur als ein gutes Geschäft betrachtet werden. Zu dieser Zeit waren in der That noch erhebliche Ueberschüsse vorhanden. Abg. Graf Kleist: Die angeblichen Konstatierungen Ahlwardts konstatieren gar nichts. Dagegen sind die Mitteilungen des Ministers und der Diskontogesellschaft, daß nur 8 bis 9 Prozent gewährt wurden, durchaus specialisirt und nachgewiesen. Abg. Ahlwardt suchte speciell nachzuweisen, daß in der That 16 bezw. 35 % genommen worden sind. Dr. Porck: Herr Ahlwardt ist unfähig, derartige Rechnung zu begreifen, ebenso wie er unfähig ist, sich aus den überreichten Akten herauszufinden. Aus der nochmal vom Abg. Porck verlesenen Originalabmachung ergibt sich aufs Klarste das Gegenteil der Ahlwardtschen Behauptung von den Wucherzinsen. Wo bleiben, fragt der Referent, die Hunderte von Millionen, um die das deutsche Volk betrogen worden? Abg. Graf Kleist stimmt dem vollständig bei. Abg. Videnbach glaubt zwar dem Abg. Ahlwardt so wenig, wie die anderen Kommissionsmitglieder, wünschte aber, daß zur Beseitigung aller Zweifel im Publikum, die Kommission durch einen vereideten Bücherrevisor die Bücher der Diskontogesellschaft prüfen lasse Abg. Vieber: Nicht die Kommission hat zu beweisen, sondern der Abg. Ahlwardt hat seine Anschuldigungen zu beweisen. Selbst die Originalbriefe, auf die er sich jetzt stützt, sind durch Mitglieder der Kommission in ihrer Werthlosigkeit klargestellt worden. Der Referent hat die Zinsrechnung für jeden Vermünftigen klar gelegt. Schon jetzt ist über allen Zweifel erhaben, daß alle Anschuldigungen Ahlwardts nur frivole Behauptungen sind. Wir sollten Ahlwardt nicht den Gefallen thun, die Sache hinzuziehen; diese Verhandlung erzeuge ihm nunmehr nicht nur moralischen, sondern physischen Elend. Abg. Ahlwardt: Die Aeußerung beziehe sich offenbar auf das gestrige Vorkommniß mit seinem Anzuge, an welchem eine Naht geplatzt sei; dies sei in einem Zeitungsbericht, der nur von einem Kommissionsmitgliede herrühren könne, aufs schlimmste entstellt; darin liege eine Infamie. Der

Vorsitzende rief Ahlwardt wegen dieser Aeußerung zur Ordnung. In einer sehr ernsten Geschäftsordnungs-Debatte, in welcher Ahlwardt den Ausdruck Infamie wiederholt, wird er vom Vorsitzenden, den Abgg. von Mantuffel und Dr. Vieber energisch zurechtgewiesen und von ersterem wiederholt zur Ordnung gerufen. Dr. Vieber erklärte, Abg. Ahlwardt irre sich, wenn er das Gefühl des „physischen Elends“ auf seine äußere Erscheinung beziehe. Ahlwardt erklärte: Da er von der Kommission so behandelt werde, so verlasse er die Sitzung. Damit verließ Abg. Ahlwardt die Sitzung. Abg. Dr. Dohrn berichtete, daß Abg. Ahlwardt in der gestrigen Volksversammlung geäußert, die von ihm in schönster Ordnung überreichten Akten seien jetzt in Unordnung gebracht, was die Verhandlung sehr aufhalte. Der Vorsitzende und Referent Dr. Porck stellten die gänzliche Unwahrheit auch dieses Vorwurfs fest. Letzterer theilte mit, daß gestern die von Ahlwardt angeführten Quittungen und Berechnungen in den Akten nicht zu finden waren; heute habe Herr Plack ein neues blaues Heft mit Quittungen den Referenten übergeben. Referent Dr. Porck berichtete ferner, Punkt für Punkt, über alle noch übrigen Anschuldigungen. Für die meisten derselben fehlten alle nur irgend so zu nennenden Belege. Wo man irgendetwas von solchen sprechen könne, wie bei den Insperaten und Notizen über die Vage der rumänischen Eisenbahn in den österreichischen Zeitungen, Ausgabeposten an Journale und dergl., stellte sich heraus, einerseits, daß die Belege nicht beglaubigt sind, und andererseits, daß selbst wenn sie beglaubigt wären, die vorliegenden Behauptungen dadurch nicht begründet würden. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß selbst, wenn die Douceurs für Zeitungen seitens der rumänischen Bahn vollkommen erwiesen wären, das doch Mitglieder des Reichstags oder des Bundesraths in keiner Weise berühre. Abg. Videnbach stimmte mit allen Vorrednern vollständig darin überein, daß Abg. Ahlwardt keine einzige seiner Anschuldigungen bewiesen habe, er glaube auch vollkommen den Worten des Ministers Miquel, er wünsche aber, um weitere Ausbeutung der Sache in Volksversammlungen vorzubeugen, daß der Miquel'sche Eid authentisch festgestellt werde. Auch die Bereicherung der Diskontogesellschaft durch den Verkauf mehrerer hundert Millionen Mark an den Invalidenfonds bedürfe noch einer Aufklärung. — Abg. Ackermann widersprach diesem Anstinnen, die Kommission habe nichts zu beweisen, sie habe schon weit mehr gethan, als ihre eigentliche Aufgabe sei. — Direktor Aschenborn verliest als Probe ein Anschreiben des Präsidenten der Seehandlung an das Reichsamt des Innern über die Anstellung von Prioritäten für den Reichs-Invalidenfonds, in solcher durchaus solider Weise sei stets bei diesen Geschäften verfahren worden. — Der Vorsitzende giebt Kenntniß von dem Schreiben eines Chemikers, welcher sich zur Untersuchung der Tinte u. d. d. überreichten Schriftstücke erbietet. Ueber den inzwischen eingetroffenen Brief aus Reichenberg berichtete Abgeord. Dr. Dohrn und beweist durch Verlesung einzelner Stellen, daß der Brief von einem Verräther geschrieben sein kann. Die Referenten beantragen schließlich zu erklären, „daß der Inhalt der von dem Abgeordneten Ahlwardt dem Reichstage übergebenen Akten die durch den genannten Abgeordneten in den Sitzungen des Reichstages vom 18., 21. und 22. März und 26. April d. J. gegen frühere und jetzige Mitglieder des Reichstages und des Bundesraths erhobenen Anschuldigungen nicht rechtfertigt.“ Diese Resolution wird hinsichtlich des Invalidenfonds mit allen Stimmen gegen die des Abg. Videnbach, hinsichtlich aller übrigen einstimmig angenommen. Den mündlichen Bericht für das Plenum werden die Abgg.